



Abstimmung vom 8.3.2015

Grünliberaler Vorschlag zur Energiewende erleidet spektakulär Schiffbruch

**Abgelehnt: Volksinitiative «Energie- statt
Mehrwertsteuer»**

Rudolf Burger

Empfohlene Zitierweise: Burger, Rudolf (2019): Grünliberaler Vorschlag zur Energiewende erleidet spektakulär Schiffbruch. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Juni 2011 lanciert die Grünliberale Partei der Schweiz (GLP) ihre erste Volksinitiative überhaupt. Die Idee, die hinter diesem Vorhaben steckt, wird in Umweltkreisen seit längerer Zeit diskutiert: Im Zuge des Umbaus der Energieversorgung sollen nicht erneuerbare Energien anstelle von Arbeit und Umsatz besteuert werden, also Energie, die in Kohle-, Gas-, Öl- oder Atomkraftwerken erzeugt wird. Damit, so hoffen die Anhänger dieser Idee, würden die Umstellung auf erneuerbare Energien beschleunigt, der Energieverbrauch gesenkt und damit ein wichtiger Beitrag zur Energiewende geleistet. Im Dezember 2012 wird die Initiative mit 108 018 gültigen Unterschriften eingereicht.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Der Bundesrat hält fest, dass es auch sein Ziel sei, künftig verstärkt auf finanzielle Abgaben zu setzen, um die Klima- und Energieziele der Schweiz zu erreichen. Es sei aber unverantwortlich, die Mehrwertsteuer innert weniger Jahre durch eine Energiesteuer ersetzen zu wollen. Weil die Mehrwertsteuer über 22 Milliarden Franken einbringe, wären sehr hohe und stetig steigende Energiesteuersätze nötig, was zu einer Mehrbelastung von Wirtschaft und Gewerbe sowie insbesondere auch für Haushalte mit tiefem Einkommen führen würde. Im Parlament sprechen sich nur die grünliberale und die grüne Fraktion für eine Annahme aus.

GEGENSTAND

Dem Bund soll die Kompetenz gegeben werden, auf inländische und eingeführte nicht erneuerbare Energien eine Steuer pro Kilowattstunde Primärenergie zu erheben. Der Ertrag soll einem festen Prozentsatz des Bruttoinlandproduktes entsprechen. Für verschiedene Energieträger können unterschiedliche Steuersätze festgelegt werden. Teile des Ertrags sollen bei Bedarf zur Unterstützung der AHV sowie zur Entlastung unterer Einkommensschichten verwendet werden können. Spätestens fünf Jahre nach Annahme der Initiative sollen alle Bestimmungen zur Mehrwertsteuer aus der Bundesverfassung gestrichen werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Weil die Vorlage nur gerade von der GLP, den Grünen und einigen Umweltorganisationen unterstützt wird, dominieren die Gegner im Abstimmungskampf klar. Die GLP investiert aber immerhin 400 000 Franken in ihre Werbung für ein Ja. Auf ihren Plakaten weist ein neuer Wanderwegweiser Richtung Sonne, Wind und Wasser, ein verschmutzter Wegweiser Richtung Atom, Kohle und Öl.

Die Gegner werben für ihr Nein mit einem geldverschlingenden grünen Monster und führen einen möglichen Benzinpreis von fünf Franken pro Liter ins Feld. Die SP argumentiert unter anderem mit grossen finanziellen Nachteilen für Mieterinnen und Mieter in günstigen, schlecht isolierten Wohnungen. Abgelehnt wird die Initiative auch von den Wirtschaftsverbänden, die bei einem Ja höhere Gestehungskosten für Gewerbe und Unternehmen befürchten und sich gegenüber ausländischen Konkurrenten im Nachteil sehen.

ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 42,1% wird die Initiative überaus deutlich verworfen. Der Ja-Anteil von 8,0% ist der zweitniedrigste, den eine Volksinitiative je erreicht hat (nur die Initiative zur Getreideversorgung im Jahr 1929 wurde noch deutlicher verworfen: siehe Vorlage 107.1). Sämtliche Kantone sind im Lager der Gegner, am deutlichsten die Kantone Wallis mit einem Ja-Anteil von nur 3,1% und Appenzell-Innerrhoden mit 5,2%. Einen zweistelligen Ja-Stimmenanteil gibt es nur in den Kantonen Basel-Stadt (14,0% Ja), Schaffhausen und Zürich (beide 10,9%).

Gemäss der Vox-Analyse stiess die Vorlage praktisch unabhängig von Parteizugehörigkeit, Links-Rechts-Einstufung oder soziodemographischen Faktoren auf Ablehnung. Ausschlaggebend waren vor allem Befürchtungen wegen der fiskalpolitischen Konsequenzen nach einer Einführung der Energiesteuer. Die weitherum akzeptierte Mehrwertsteuer durch ein neues Instrument zu ersetzen, erschien einer grossen Mehrheit der Stimmbevölkerung als zu riskant.

QUELLEN

Bernhard, Laurent, und Niklaus Bieri (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Remplacer la TVA par une taxe sur l'énergie», 2011-2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 7.11.2018.

Kurer, Thomas, Denise Traber und Thomas Widmer (2015). *VOX 118. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 8. März 2015*. Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Pressebeiträge: Basler Zeitung vom 11.2.2015.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 8.3.2015 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Bundesblatt: BBl 2013 9025.